

30.09.2010

Pressemeldung

Die Kultusministerin Dorothea Henzler hat in einer Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 29.09.2010 zum Schulgesetzentwurf mitteilen lassen, dass sie dem Vorhaben, die Oberstufe flexibel zwei bis vier Jahre zu gestalten, eine klare Absage erteile. Sie begründete dies damit, dass die Kultusministerkonferenz vorschreibe, dass die Oberstufe 3 Jahre dauern müsse. Die flexible Oberstufe würde gegen klare Vorschriften verstoßen.

Der Landeselternbeirat Hessen stellt dazu fest, dass es einen Beschluss der Kultusministerkonferenz, wonach die gymnasiale Oberstufe 3 Jahre dauern müsse, so nicht gibt. Möglicherweise bezieht sich die Kultusministerin auf den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.07.1972 in der Fassung vom 24.10.2008 (Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II). Darin heißt es zwar, dass zur Grundstruktur der Oberstufe eine einjährige Einführungsphase und eine zweijährige Qualifikationsphase gehören, gleichzeitig bestimmt aber dieser Beschluss, dass die Verweildauer in der gymnasialen Oberstufe mindestens 2, höchstens 4 Jahre betragen darf. Weiterhin wird festgehalten, dass die Schuldauer bis zur Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife 12 oder 13 Jahre beträgt. Schließlich wird noch festgelegt, dass für Schüler/Innen mit entsprechender Lernentwicklung und Leistungsfähigkeit ein verkürzter Durchgang durch die gymnasiale Oberstufe möglich ist. Die Bundesländer sind ermächtigt, dies durch entsprechende Vorschriften zu regeln. Dies bedeutet nach Ansicht des Landeselternbeirats, dass die Beschlusslage der Kultusministerkonferenz entgegen der Aussage der Kultusministerin sehr wohl eine variable Oberstufengestaltung zulässt.

Eine solche variable Gestaltung der gymnasialen Oberstufe wird auch seit längerer Zeit vom Landeselternbeirat Hessen und den Kreis- und Stadtelternbeiräten gefordert. Der Landeselternbeirat, die Kreis- und Stadtelternbeiräte sowie die Landesschülervertretung haben mit Ihrer Initiative „G8-so nicht“ 51.773 Unterschriften in zwei Monaten gesammelt. Das ist eine deutliche Willensbekundung hessischer Bürgerinnen und Bürger. Und ein klarer Handlungsauftrag an die Landesregierung. Dorothea Henzler muss sich den Forderungen der Schüler und Eltern annehmen.

Damit einhergehen muss die Rückkehr zur 6-jährigen Sekundarstufe I. Nur so kann der Druck, der durch die Einführung von G8 entstanden ist, von den Schülerinnen und Schülern genommen werden.



Kerstin Geis
Vorsitzende des Landeselternbeirats